

POSTULAT von Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Auffangmassnahmen für Luftfahrtindustrie und Zulieferbetriebe angesichts der Redimensionierung der Swiss

Der Regierungsrat wird ersucht, die Einrichtung einer temporären Kommission unter Beizug der Sozialpartner einzurichten, die sich mit den Auswirkungen der Restrukturierung der Swiss befasst und mit der Lösung folgender Aufgabenbereiche betraut wird:

- Anbieten von unbürokratischen arbeitsmarktlichen Massnahmen und Umschulungen für Stellensuchende nach Entlassungen im Bereich der Luftfahrt
- Förderung und Unterstützung von Modellen mit Kurzarbeit im Rahmen von Art. 11 Ca A VIG zur Vermeidung von Entlassungen
- Begleitung von Firmen und Personal bei Massenentlassungen und Hilfestellung bei der Erarbeitung von Sozialplänen
- Sicherstellung der Möglichkeit eines Lehrabschlusses für von Restrukturierungen oder gar Firmenschliessungen betroffene Lehrlinge
- Vermittlung von günstigen Überbrückungskrediten zugunsten von KMU, die einen Businessplan vorweisen können, mit welchen sie eine einseitige Abhängigkeit von der Luftfahrtsindustrie überwinden können.

184/2003

Ralf Margreiter
Julia Gerber Rüegg

Begründung:

Der neue Businessplan der Airline Swiss stellt den Wirtschaftsraum Zürich vor dringlich zu beantwortende Aufgaben. Schon im Vorfeld haben einschlägige Zeitungsberichte eine einschneidende Flottenreduktion in Aussicht gestellt: Vom Abbau von 25 Flugzeugen und rund 3000 Arbeitsplätzen war die Rede. Die Restrukturierung bei Swiss wird auch unmittelbare Auswirkungen auf Zulieferbetriebe im Flughafenumfeld sowie auf den Flughafen selbst haben. Es darf ohne Übertreibung davon ausgegangen werden, dass jeder abgebaute Arbeitsplatz bei Swiss mindestens einen weiteren Arbeitsplatz bei einem Zulieferbetrieb der Luftfahrt kosten wird.

Angesichts einer rezessiven Wirtschaft und der hohen Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich ist eine aktive Wirtschaftspolitik seitens des Kantons notwendig, die sich dem einschneidenden Strukturwandel in der Luftfahrt und insbesondere bei den Zulieferbetrieben annimmt. Deshalb ist der anlässlich des Swissair-Groundings gemachte Vorschlag des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich erneut zu prüfen und zu erwägen, eine solche temporäre Kommission unter Beizug der Sozialpartner einzurichten.

Zu wünschen wäre, dass der Regierungsrat die Schätzungen und Prognosen hinsichtlich Konjunktorentwicklung und Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich darlegt, von denen er sich bei seinen Erwägungen leiten lässt, sowie darlegt, welche anderen flankierenden Massnahmen er im Hinblick auf die Auswirkungen der Restrukturierungen der Swiss bereits geplant oder geprüft hat bzw. noch prüfen wird.

Begründung der Dringlichkeit:

Es ist davon auszugehen, dass die ersten Kündigungen bereits mit Wirkung auf Ende September eingeleitet werden. Flankierende Massnahmen des Staates müssen im selben Zeitraum operativ werden.